

Reden

des

Ministers des Innern von Puttkamer

gehalten

im Abgeordnetenhaus am 29. und 30. Januar 1886 in der Polenfrage.

Am 29. Januar.

(Nach dem Abg. v. Stableski.)

Die Polen verzichten nicht auf die Wiederherstellung ihres früheren Königreichs.

Meine Herren, die eben gehörten Ausführungen bieten dem Verteidiger des Standpunkts der königlichen Staatsregierung ein so reiches Arsenal von Defensivwaffen, daß ich in der That in Verlegenheit komme, womit ich zuerst beginnen soll. Ich will zunächst denjenigen Gesichtspunkt herausgreifen, den der Abgeordnete im Eingange seiner Rede von dieser Tribüne in den Vordergrund gestellt hat. Ich konstatire, daß hier, inmitten der preussischen Volksvertretung, noch heute ausgesprochen worden ist: „wir Polen verzichten allerdings nicht auf die Wiederherstellung des Königreichs in den Grenzen von 1772.“ (Zuruf: Hoffnungen!) Es ist zur Verstärkung dieses Standpunktes darauf hingewiesen, die Polen müßten ja in die Absichten Gottes des Herrn eingreifen, wenn sie diesen Verzicht aussprechen. Ich halte es für überaus mißlich, die göttliche Weltregierung (Unruhe) in einen Konnex zu bringen mit irdischen, politischen Angelegenheiten. Das kommt schließlich darauf hinaus, daß, wie auch schon — ob von dieser Tribüne, weiß ich nicht, aber jedenfalls in der polnischen Presse — ausgesprochen worden ist, der liebe Gott den Polen, die deutsch sprechen, kein Verständnis entgegenbringt. (Unruhe. Zuruf: Witz!) Das ist kein Witz, sondern das ist eine sehr ernste Seite der Betrachtung, die ich Ihnen hier vorführe. Ich für meine Person erkenne vollkommen an, daß die göttliche Weltregierung die Geschichte der Völker leitet; — aber, meine Herren, wer das anerkennt, der muß sich auch sagen: wenn ein Volk nicht ohne eigene Schuld die reichen Gaben, die ihm Gott verliehen hat, nicht dazu gebraucht, um sich ein geordnetes Staatswesen zu schaffen, dann ist es auch durch die göttliche Weltregierung dazu bestimmt, anderen geordneten Staatswesen, die ihm eine ihm bis dahin fremde Kultur entgegenbringen, einverleibt zu werden. (Sehr wahr! rechts. — Abg. Kantak: Dreien auf einmal!)

Zweck der Ausweisungsmassregeln. Unzutreffende Parallele mit Rußland. Angebliche Verletzung der Humanität.

Der Herr Vorredner — ich will das gleich vorwegnehmen — hat die Massregel, zu deren Verteidigung ich hier vorzugsweise berufen bin, nämlich die Ausweisung einer großen Zahl fremdländischer Polen aus unserem Staatsgebiet, geglaubt in Parallele bringen zu dürfen mit dem Aufenthalt unserer Landsleute im Bezirk des russischen Reichs, und daraus gewisse Besorgnisse für uns herleiten zu sollen. Er meint: „wenn wir hier so barbarisch und grausam gegen die Angehörigen Rußlands in Bezug auf den Aufenthalt bei uns vorgingen, so würde Rußland unseren sich dort aufhaltenden Landsleuten gegenüber ähnlich verfahren, und welcher Verantwortung würden wir uns damit aussetzen!“ Dabei hat der Herr Vorredner nur eins vergessen: in den polnischen Provinzen Rußlands giebt es keine deutsche Frage, aber in Preußen giebt es eine polnische Frage, und die russische Regierung würde in ihrer freundschaftlichen Gesinnung, die sie uns gegenüber bisher bewiesen hat, schwankend werden, wenn sie aus nichtigen Gründen unseren Angehörigen, die für sie ein fruchtbares und unentbehrliches Kulturelement in den westlichen Gouvernements sind, den Aufenthalt verweigerte. Ich weise also diese Parallele nach jeder Richtung als durchaus unzutreffend zurück.

Nun hat der Herr Vorredner von einem systematischen Ausrottungskriege gesprochen, den die preussische Staatsregierung gegen ihre polnischen Staatsangehörigen führe (Zuruf: ankündigt!), — nein, nicht nur ankündigt, sondern schon seit längerer Zeit führe; so habe ich wenigstens verstanden, und ich höre es auch bestätigen, ich bin also im Recht. Nein, meine Herren, davon ist die königliche Staatsregierung

weit entfernt. Wir wissen sehr wohl, ich glaube, der Herr Reichskanzler hat es auch gestern bestätigt, daß die große Menge unserer polnischen Mitbürger gar nicht daran denkt, sich von uns zu trennen, daß sie im Gegenteil sich sehr glücklich und zufrieden unter dem preussischen Szepter fühlt. Was wir zurückdrängen wollen, und was zurückdrängen wir für unsere heiligste Pflicht halten, das ist die Agitation, welche in propagandistischer Weise unsere polnischen Mitbürger dazu verführen will, sich von uns zu entfremden, und welche dauernd die Kluff, welche diese Minorität aufgerichtet hat, erweitert sehen möchte. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Der Herr Vorredner hat unter wiederholter Betonung dieses Wortes auch davon gesprochen, daß das, was wir jetzt thäten, und überhaupt während der ganzen Behandlungsweise unseren polnischen Mitbürgern gegenüber gethan hätten, eine Verletzung der Humanität sei. Meine Herren, mit der Humanität im politischen Leben hat es eine ganz eigene Bewandniß. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß im nationalen und staatlichen Leben die wahre Humanität darin besteht, unter strengster Achtung der Rechte des Anderen dasjenige zu thun, was das eigene Wohl erfordert. (Sehr richtig! rechts.) Und nun hat die sogenannte polnische Frage uns doch schon mehrmals den ganz strengsten Beweis geliefert, daß das, was die gewöhnliche öffentliche Meinung human nennt, sehr inhuman sein kann, und daß das, was sie zu gewissen Zeiten inhuman nannte, nachher recht human war. Ich will dies in Anknüpfung an das, was der Herr Ministerpräsident gestern ausgeführt hat, beweisen.

Als im Jahre 1848 leider und unter dem Zähnischen der guten Patrioten diejenigen polnischen Insurrektionsführer, welche 1846 verhaftet und zu zum Theil sehr schweren Gefängnisstrafen verurtheilt waren, im Völkerfrühling in Freiheit gesetzt wurden — ich habe selbst als Jüngling dabei gestanden und ich habe mich gewaltig darüber gefreut, ich kann das einfluchen — da war das eine „humane“ Massregel und unsere gutmüthigen Berliner jubelten förmlich im Hochgefühl, daß nun der Völkerfrühling angebrochen sei und sie mit ihren polnischen Brüdern Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken fordern könnten. (Sehr gut! rechts.) Und gerade 14 Tage später erschienen diese Insurrektionsführer im polnischen und organisierten den Aufstand, der bekanntlich mit Strömen von Blut unterdrückt werden mußte. (Hört, hört! rechts.) Ich behaupte, daß diese, von einer irreführenden öffentlichen Meinung als sehr human bezeichnete Massregel im höchsten Grade inhuman war. Es wäre sehr human gewesen, die Herren ihre Gefängnisstrafen, es waren zum Theil lebenslängliche, ruhig absitzen zu lassen. Und 1863 — der Herr Ministerpräsident hat gestern aus gewiß guten Gründen die Sache sehr ausführlich behandelt — da ist die vielberufene Konvention, die Seeschlange, von der hier so viel die Rede gewesen ist, von der öffentlichen Meinung — auch in diesem Hause — aufgefaßt worden, es sei eine grenzenlose Barbarei, ein in Todesnöthen gegen den Unterdrücker ringendes Volk noch dadurch zu unterdrücken, daß man einen Grenzordon zöge, der das Herüberreten der Insurgenten auf unser Gebiet verhindere. Das nannte man damals sehr inhuman. Thatsächlich war es sehr human, denn nach menschlichem Ermessen hat es verhindert, daß diese Insurrektion, die doch, wie bekannt, ein ganz nutzloses gegenseitiges Niedermetzeln und Blutvergießen war, sich auf unser Gebiet verpflanzte. Man wäre sehr inhuman gewesen, wenn man diese so disant inhumane Massregel nicht getroffen hätte. Und gerade so liegt die Sache mit der, wie ich anerkenne, einschneidenden und viele Interessen scharf berührenden Massregel der Verfassung des Aufenthalts an die zahlreich ausgewiesenen Polen. Ich habe früher schon nachgewiesen im vorigen Jahre — wer das nachlesen will, wird sich davon überzeugen können — daß diese Massenansammlungen — die Herren haben sich vergebens bemüht, das Gewicht der Thatfachen abzuschwächen — eines fremden Elements in Provinzen, in denen unser nationales Leben gefährdet ist, eine Gefahr für den Staat enthalten und daß deshalb dieser Massenansammlung ein Ende gemacht werden müsse. Deshalb erkläre ich hier ganz offen — so schwer einzelne Interessen dadurch getroffen

werden — daß ich die Massregel für eine inhumane nicht halten kann.

Die Wiederherstellung Polens würde die Vernichtung des preussischen Staates bedeuten.

Meine Herren, die sogenannte polnische Frage (Auf bei den Polen: sogenannte!) ist in meinen Augen, wenn man nur den Muth hat, ihr klar ins Gesicht zu sehen, recht einfach zu lösen. Die preussische Monarchie hat in dem Entwicklungsgang, der historisch dazu geführt hat, ihr ihre jetzige Weltstellung zu verschaffen, verschiedene Bruchstücke fremder Nationalitäten in ihren Verband aufnehmen müssen, sage ich. Denn daß das eine Willkür unsererseits gewesen wäre, wird Niemand behaupten wollen; das ist eben der Gang der Weltgeschichte.

Diesen Bruchstücken fremder Nationalitäten, meine Herren, sind wir bereit und sind wir stets bereit gewesen, volles, freies Bürgerrecht bei uns einzuräumen, aber nicht mehr und nicht minder. Wir sind bereit, sie an allen materiellen, an allen Kulturfortschritten, die wir doch unter Gottes Beistand nun im Laufe der Jahrhunderte gemacht haben, vollberechtigt Theil nehmen zu lassen, und ich fordere meine polnischen Mitbürger, die hier vor mir stehen, heraus, ob die preussische Staatsregierung nicht in vollem Maße in dieser Beziehung der Provinz Polen gegenüber ihre Schuldigkeit gethan hat. Bedenken Sie, meine Herren, in welchem Zustande Seine Majestät der König Friedrich Wilhelm III. nach der Restauration im Jahre 1815 diese Provinz überkommen hat; bedenken Sie weiter zurückgreifend den Zustand, in dem Friedrich der Große den Regedistrikt und Westpreußen, das damals polnische Westpreußen überkommen hat. Und es bedarf nur dieser Erinnerung, um Sie (zu den Polen) vielleicht gegen Ihren Willen zu dem Geständniß zu zwingen, daß die preussische Regierung Ihnen nur Segnungen gebracht hat (sehr richtig! rechts) und daß, wenn Sie die Hypothese sich stellen, daß Ihr damals zerrüttetes polnisches Reich bestehen geblieben wäre, Sie heute mindestens lange nicht so weit in den Kulturfortschritten sein würden, wie Sie es unter dem preussischen Szepter geworden sind. (Abgeordneter Kantak: Wer kann das wissen? Die Verfassung vom 3. Mai brachte Ordnung hinein!) Aber, meine Herren, was der preussische Staat nicht kann, das ist: diesen Bruchstücken fremder Nationalität eine nationale Sonderexistenz innerhalb seines Gebietes zuzugestehen. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, wir sind der deutsche Staat *par excellence*, und wir würden unseren welthistorischen Ruf verlegen, wenn wir irgend einen Schritt thäten oder zuließen, der diesen rein deutschen Charakter unseres Staates verleugnete. (Beifall rechts.) Meine Herren, wir sind nicht in der Lage, einen litauischen, wendischen, dänischen und geschweige einen polnischen-polnischen Landtag zu gestatten, welche ihre Aufgabe darin sehen, einen zentrifugalen Keil in das feste Gefüge unseres deutschen Einheitsstaates hineinzutreiben. (Sehr richtig!) Wer die polnische Frage so auffaßt — und ich glaube, sie kann nicht anders aufgefaßt werden —, der wird sich davon überzeugen, daß, wenn hier von dieser Tribüne noch immer die Hoffnung und die Zuversicht ausgesprochen wird, daß unter Gottes Zulassung das polnische Reich wiederhergestellt werde, — meine Herren, so sage ich, wird man sich überzeugen, daß ein solcher Ausspruch einen Weg bedeutet, den ich nur als landesverrätherisch kennzeichnen kann. (Widerspruch im Zentrum und bei den Polen.) (Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, Sie haben wohl gar nicht bedacht, was das heißt: Wiederherstellung des polnischen Reiches in den Grenzen von 1772? (Auf bei den Polen: Hoffnung!) Das heißt die Zerschneidung und Vernichtung des preussischen Staates, (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen), das heißt die Vernichtung der deutschen Vormacht, der vor allen Dingen die Sicherheit und das Wohl der deutschen Nation anvertraut ist. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Und wenn Sie glauben, daß wir in solchen — ich will es ja zugestehen — soi-disant patriotischen Aufwallungen nicht eine schwere Gefahr für uns erblicken, dann irren Sie sich; und irren sich fern in dem, daß Sie glauben, daß wir nicht die nöthigen Maßregeln ergreifen würden, um uns vor den Konsequenzen solcher Anschauungen zu hüten.

Die Verträge geben den Polen keine Sonderrechte.

Nun hat der Herr Borredner, um nur eine Seite seiner Bestrebungen in den Vordergrund zu stellen, sich auf seinen Freund, den Herrn von Szadzewski, berufen, der habe ja auch schon im Reichstage den Beweis geführt, daß den Polen das verbrieftte Recht zustehe, innerhalb des ganzen Gebiets des früheren Königreichs sich frei zu bewegen, und daß es deshalb eine Verletzung der Verträge sei, wenn die preussische Regierung fremden Polen, also österreichischen und russischen Polen, den Aufenthalt bei sich verweigere. Ja, meine Herren, das ist eine von den von Herrn v. Szadzewski allerdings mit seiner bekannnten Gewandtheit nur indirekt und leise angeschlagenen Saiten in dieser schweren nationalen Frage. Herr v. Szadzewski und Herr v. Stablewski, welcher dasselbe Thema besprach, müssen sich doch davon überzeugen, daß, wenn eine solche Prätenstion anerkannt werden sollte, es auch mit der Einheit und Existenz des preussischen Staates zu Ende sein würde. Ich werde Ihnen das gleich beweisen, meine Herren, und ich komme damit also auf die Beleuchtung der Verträge, auf die Sie sich immer berufen, namentlich auf denjenigen Vertrag, den unter dem 3. Mai 1815 Preußen und Rußland geschlossen haben. Meine Herren, ich will hier nicht den Gesichtspunkt urgiren, ob Verträge zwischen zwei Großmächten, in welchen von der inneren Regelung ihrer Angelegenheiten die Rede ist, Unterthanen überhaupt Rechte geben können; ich glaube, es wird sehr wenige Staatsrechtslehrer in Deutschland geben, die das anerkennen, aber ich will hierauf meinerseits kein Gewicht legen. Ich will auch dahingestellt sein lassen, ob die etwaigen Rechte, die unsere polnischen Mitbürger auf diese Verträge begründen zu können vermögen, nicht längst verwirkt sind durch die revolutionäre Haltung derselben, welche allerdings von Herrn v. Stablewski hier auf der Tribüne als äußerst harmlos hingestellt worden ist — er macht nämlich einen höchst spitzfindigen Unterschied zwischen Revolution und Verrätherei; — ob also diese Rechte durch die revolutionäre Haltung eines Theils der polnischen Unterthanen nicht verwirkt sind, will ich nicht untersuchen, sondern mich streng an die Diskussion dieses Themas auf dem Boden der preussischen Verfassung halten. Zu diesem Ende will ich, da sich dafür ein Substrat bietet von größerer Wirksamkeit wie die Rede des Herrn v. Szadzewski, Sie erinnern an einen Vorgang, welcher sich hier in diesen Räumen am 15. März 1861 abgepielt hat.

Einmüthige Rückweisung der polnischen Forderungen durch das Abgeordnetenhaus im Jahre 1861.

Damals war es Herr v. Niegolewski — er weiß heute nicht mehr unter den Lebenden, aber ich will ihm noch ins Grab hinein das Zeugniß nicht versagen, daß er ein sehr aufrichtiger, ehrlicher und konsequenter Pole war, und daß er die Forderungen, welche heutzutage immer nur so in einer gewissen Verschwommenheit und Verhülltheit aufgestellt werden, in voller logischer Konsequenz und Schärfe uns gegenüber ausgesprochen hat, — dieser Herr v. Niegolewski, der Führer der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses im Jahre 1861, hat damals im Abgeordnetenhaus — ich muß die Herren um Entschuldigung bitten, wenn ich einiges verlesen muß, ich kann sonst nicht meine Aufgabe erfüllen — einen Antrag eingebracht, unterstützt von seinen sämmtlichen Parteigenossen, der sich ganz auf dem Gebiete hält, welches Herr v. Szadzewski in seiner neuesten Reichstagsrede betrat, nur daß er sehr viel schärfer und deshalb für mich um so interessanter ist. (Geheuer rechts.) Dieser Antrag lautet folgendermaßen — die Herren Stenographen brauchen übrigens nicht mitzuschreiben, es ist dies alles juris publici, das kann ich ihnen zur Verfügung stellen —

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: — Nun bitte ich aber genau aufzufassen, meine Herren, Sie werden in dem, was ich lese, die Lüftung sehr vieler Schleier finden, die gegenwärtig von den Herren sehr oft vorgezogen werden, um den Kernpunkt der Frage zu verdecken —

in Erwägung, daß selbst die auf dem Wiener Kongresse pazifizirenden Mächte, als sie sich zu der ursprünglichen beabsichtigten Wiederherstellung Polens nicht hatten erheben können, doch darüber einig waren, daß der Friede und die Ruhe Europas unabwiesbar erfordern, den Polen wenigstens ihre Bewußtsein als ein besonderes Glied in der europäischen Völkervereinigung zu belassen und die einzelnen Theile des ehemaligen Polens, ungeachtet ihrer Vertheilung unter drei Szepter, unter Zuzicherung ihrer Nationalität als ein zusammengehöriges nationales Ganzes anzuerkennen;

in Erwägung, daß die durch diese Stipulationen dem polnischen Volke in der europäischen Staatenfamilie zuerkannte eigenthümliche Staats- und völkerrechtliche Stellung als ein Minimum der politischen Existenz eines Volkes angesehen werden muß;

in Erwägung, daß auch dieses zuerkannte Minimum des positiven Rechts den Polen immer mehr verkümmert werde;

in Erwägung endlich, daß die zahllosen Opfer und das stets sich erneuernde Märtyrertum der Polen für ihre nationale und politische Lebenskraft die lautesten Zeugnisse geben, welche das Rechtsgefühl Europas an die Sühne des ihnen widerfahrenen Unrechts, wenigstens aber an die Erfüllung der ihnen im Interesse der Ruhe und des Friedens Europas nothwendig zuerkannten Zugeständnisse unabwiesbar mahnen;

die königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken:

daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrecht garantierte territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesamtstaates vom Jahre 1772, sowie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zustehenden nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung gelangen, und daß dieselben nicht fernerwillkürlich von den verpflichteten Mächten, denen auf Grund des Wiener Traktates Theile Polens unter den stipulirten Bedingungen zugetheilt wurden, verkümmert werden.

Meine Herren, die Motive, die diesem Antrage gedruckt beigefügt sind, sprechen sich noch sehr viel schärfer aus. Ich will Sie mit der Verlesung nicht behelligen; sie kulminiren in dem Satz, daß alle Mitglieder des ehemaligen Königreichs Polen ein garantiertes, völkerrechtliches Recht darauf haben, auch politisch zusammenzugehören, und sie enthalten unter anderem auch den interessanten Satz — Sie können das alles nachlesen — daß die polnischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses die geborene Repräsentation der gesammten polnischen Völkervereinigung sind. (Zuruf seitens der Polen: Steht nicht da!) — Mit andern Worten steht das allerdings da. Und am Schluß dieser Motive ist gesagt, das sei nur eine geringe Abschlagszahlung auf dasjenige, was die Polen eigentlich zu verlangen hätten! Sie seien eigentlich gar nicht gemeint, die internationalen Wiener Verträge zur Basis ihrer Existenz zu machen; ihre Existenz beruhe auf Gottes Bestimmung und auf der Natur, und sie müßten sich vorbehalten, diese weitergehenden Rechte zu revindizieren, wenn das frühere alles zugestanden sei. Ich kann das nicht wörtlich alles zitiren, sonst müßte ich alles verlesen; aber das ist doch unlegbar der Sinn des Antrages. Wenn diese Forderungen zur Wahrheit würden, was dann aus der Einheit des preussischen Staates werden sollte, das auszuführen müssen Sie mir erlassen! Und ich glaube, ich brauche ein kräftigeres Argument für die absolute Nothwendigkeit, solchen Velleitungen mit unerhöhter Strenge entgegenzutreten, nicht anzuführen, als wenn ich weiter darstelle, wie das preussische Abgeordnetenhaus diesen Gedanken behandelt hat. Das preussische Abgeordnetenhaus einschließlich seiner damaligen katholischen Mitglieder — es war damals eine etwas kleinere Gruppe als jetzt — hat gegen den alleinigen Widerspruch der polnischen Fraktion beschlossen, daß die Diskussion über diesen Antrag überhaupt gar nicht zulässig sei (Bravo! rechts), sondern es hat ihn in seiner Geschäftsordnungskommission todt gemacht und hat dann in der Form der Geschäftsordnung, nachdem ein Redner dafür, ein Redner dagegen gehört war, gegen den alleinigen Widerspruch der genannten Fraktion einstimmig beschlossen, zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Hört! Hört! rechts.) Und, meine Herren, das durchschlagende Argument dafür war ganz einfach der § 1 unserer Verfassung. Derselbe sagt:

Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet. Und wenn die Frage, die in jenem Niegolewski'schen Antrage erhoben war, jemals zur Verwirklichung gelangt wäre, dann wäre eben der Artikel 1 der preussischen Verfassung außer Kraft gesetzt und aufgehoben.

Es hat damals gar keiner Diskussion bedurft, um dasjenige, was heute ganz unverhüllt als eine gerechte Forderung des Polenthums aufgestellt wird, unter einstimmiger Beurtheilung der preussischen Landesvertretung unter den Tisch zu werfen. Mitglied der damaligen Geschäftsordnungskommission war ein ebenso überzeugungstreuer Katholik, wie guter preussischer Patriot, Freiherr v. Thimus. Ich glaube, er weiß heute nicht mehr unter den Lebenden; ich kann ihn aber als Zeugniß anführen dafür, daß damals in den Kreisen der katholischen Fraktion von irgend einer direkten oder indirekten Parteinahme für solche Forderungen keine Rede war. (Unruhe im Zentrum.)

Wenn Sie die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst nur einigermaßen aufmerksam verfolgt haben, so müssen Sie ein direktes Anerkenntniß jener Forderungen daraus entnommen haben. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat sowohl im Reichstag wie gestern erklärt: wir treten ein für die Rechte unserer katholischen Mitbürger, für die Rechte unserer polnischen Mitbürger.

Ja, meine Herren, was sollen das für Rechte sein? Etwa die Rechte, die ihnen als preussischen Unterthanen zukommen? Die sind nicht gefährdet! Es kann nur die Rede davon sein und ist auch nur die Rede, namentlich in der Reichstagsrede des Herrn Abgeordneten Windthorst, von den Rechten, welche im Zusammenhang mit dieser geträumten Wiederherstellung des Königreichs Polen stehen. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum und Bravo! rechts.) Das hilft Ihnen nichts, dies zu leugnen, die Sache ist durch den stenographischen Bericht publik geworden.

Nun kann ich diese Seite der Sache verlassen. Es handelt sich hier weder um einen Ausrottungskrieg, noch um einen Vertilgungskrieg! Wir wollen weder die Sprache der polnischen Mitbürger antasten, noch ihre Religion. (Lachen im Zentrum und bei den Polen.) Ja, wir wünschen allerdings, daß jeder Pole — und das, glaube ich, wird ihnen sehr gut sein — Herr über die deutsche Sprache ist, aber wir werden uns immer davor hüten, jene, wie ich anerkenne, auch als Heiligthümer für Sie zu betrachtenden Dinge anzutasten. Zu dieser Ausführung bin ich nur genöthigt worden durch die eben gehörte Rede des Herrn Abgeordneten v. Stablewski, auch würde sie vielleicht dazu dienen, mit größerem Nachdruck die Ausweisungsmahregeln zu verteidigen.

Erfindungen und Entstellungen betreffs der Ausweisungsmahregeln.

Ich gehe nun dazu über, diejenigen Ausführungen zu beleuchten, welche in Bezug auf die Art und auf den Umfang, wie es in dem bekannten Reichstagsbeschluß heißt, der Ausweisung in die Welt geschickt worden sind.

Meine Herren, ich kann wohl von mir sagen, daß ich in meiner jetzt nun ziemlich langen Beamten- und politischen Laufbahn an manches gewöhnt worden bin, was man auf dem Gebiete eines Theils der deutschen Presse Dichtung

und Wahrheit nennt, aber noch niemals ist mir ein so eifriges und, wie ich sagen kann, erfolgreiches Zusammenwirken von Erfindungen, Entstellungen und Uebertreibungen vorgekommen, wie die Nachrichten über diese Maßregel. Und wenn im Reichstag, wo wir ja pflichtgemäß nicht assistiren konnten, mit so großer Sicherheit Dinge erzählt worden sind, die in der That die Maßregel in ganz anderem Lichte erscheinen lassen, so ist das eben nicht meine Schuld; aber ich bin doch der Meinung, daß sowohl die Herren Abgeordneten, als wie namentlich ein Theil der Presse in der Wiedergabe dieser Dinge sich etwas größere Zurückhaltung hätte auferlegen sollen, bis sie authentisch wußten, worum es sich handelt. Und ich glaube, das war um so nothwendiger, als Sie doch die Güte haben sollten, nicht zu vergessen, daß ich ja im Mai des vorigen Jahres in einer 1 1/2 stündigen Rede die wesentlichsten Dinge, auf die es hier ankommt, zu Ihrer Kenntniß gebracht habe, und zwar unter voller Zustimmung von vielen Seiten.

Meine Herren, ich will zuerst mit dem wichtigsten, weil für die politische Beurtheilung der Maßregel nachtheiligsten und bedenklichsten Einwand beginnen. Der Herr Abgeordnete v. Stablewski hat ihn heute wiederholt, er ist in Reichstagsreden mehrfach erhoben, der Abgeordnete Windthorst hat es gestern behauptet: diese Maßregel sei ausdrücklich darauf berechnet, die katholische Religion in den östlichen Provinzen zu schädigen, das Nationale sei nur ein Beiwerk, und da wird dann auch ganz harmlos von dem Herrn Abgeordneten v. Szadzewski — der Herr Abgeordnete Spahn hat es nachher nachgesprochen — behauptet, ich hätte eine Verfügung erlassen, die ausspricht, daß nur die Katholiken von der Maßregel getroffen werden sollen, und daß die anderen — wie sagte er doch: Schismatiker, Protestanten und Deutsche davon nicht betroffen werden. Ich werde die Ehre haben, Ihnen zu erzählen, was überhaupt von mir verfügt worden ist. (Zurufe: Vorlesen!) — Vorlesen? Ich habe keine Veranlassung dazu; wenn Sie meinen Worten nicht glauben, so werden Sie vielleicht auch meinen Mittheilungen aus den Akten nicht glauben. (Bravo! rechts.)

Genauere Darlegung der in der Ausweisungsmahregel ergangenen Verfügungen.

Ich habe also, als die preussische Staatsregierung zu dem Entschluß gelangt war, den fremden polnischen Staatsangehörigen den Aufenthalt bei uns grundsätzlich, natürlich mit Modifikationen, ferner zu verwehren, eine erste Verfügung erlassen am 26. März 1855 — der Abgeordnete v. Szadzewski hat, was ich hier nur nebenbei erwähnen will, das Datum falsch zitiert, — folgenden Inhalts ungefähr: es sei also aus Gründen der Sicherheit des Staates die grundsätzliche Durchführung dieser Maßregel beschlossen, zunächst sollte gegen diejenigen, welche ohne alle Legitimation, heimlich in klandestiner Weise unsere Grenzen überschritten hatten, der Aufenthalt verweigert werden und mit der Ausführung wurden die Oberpräsidenten beauftragt. Diese Kategorie ist ja aber bei weitem der geringste Theil derjenigen Leute, um die es sich handelt. Ich konstatire, daß in dieser Verfügung mit keiner Silbe von irgend einem konfessionellen Gesichtspunkt die Rede gewesen ist.

Meine Herren, darauf sind die Maßregeln gegen diese, ich wiederhole, ohne alle Kontrolle und ohne alle Legitimation bei uns eingeschickene Leute in Ausführung gebracht, wobei gewiß von vorn herein eine ganze Anzahl von Interessen, die sich inzwischen ausgebildet hatten, stark in Mitleidenchaft gezogen worden sind, das verkenne ich keineswegs; was aber für uns vom humanen Standpunkt aus der wichtigere Theil der Maßregel war, das war, zu erwägen, wie wir uns denjenigen gegenüber — und das sind mehr wie 20 000 — zu verhalten hätten, welche unter unseren Augen und mit unserer natürlich ad nutum ertheilten Einwilligung die Grenze überschritten hatten und sich in sicheren Lebensstellungen hier befanden. In dieser Beziehung ist unter dem 26. Juli v. J. angeordnet worden, daß grundsätzlich — denn wenn das nicht angeordnet worden wäre, würde ja die Maßregel überhaupt nicht zur Ausführung gelangen — daß grundsätzlich auch diesen die Fortsetzung ihres Aufenthalts nicht würde gestattet sein können. Es sind aber ausdrücklich den Herren Oberpräsidenten unter ihrer Verantwortung alle Latitiden gelassen, um da, wo die Noth es erforderte, etwaige Härten zu mildern, (hört, hört!) in Bezug auf Frist, in Bezug auf Ausnahmefälle ganzer Kategorien, in Bezug auf die Erlaubniß, sich mit ihren Vermögens- und Erverbsangelegenheiten erst zu arrangiren, ehe sie das Land verlassen. Namentlich ist es eine durchaus unrichtige Behauptung — wenigstens wenn ein solcher Fall vorgekommen wäre, wäre es gegen die ausdrückliche Bestimmung der Verfügung geschehen — es ist eine irrthümliche Behauptung, daß Leute, die für Preußen die Waffen getragen haben, von der Ausweisungsmahregel getroffen worden sind. Ich habe ausdrücklich die Herren Oberpräsidenten angewiesen, in diesem Falle volle Milde walten zu lassen, weil ich es allerdings mit meinem persönlichen Gefühl nicht würde vereinigen können, daß demjenigen, der für Preußen gefochten oder auch nur drei Jahre aktiv gedient hätte, nicht die volle Begünstigung zu Theil werden könnte.

Ja, meine Herren, es giebt aber auch in diesem engen Kreise gewisse Fälle, bei denen selbst diese Rücksicht nicht walten konnte. Meine Herren, wir haben — ich will keine Namen nennen, wie ich überhaupt in die einzelnen Fälle nicht eintrete; ich vertrete nur das Allgemeine der Maßregel — allerdings nur vereinzelte Fälle gehabt, wo russisch-polnische Edelleute sich bei uns eingeschlichen haben, unkontrollirt und nur zu dem Zweck, um die preussische Staatsangehörigkeit auf indirektem Wege zu erwerben, ihr einjähriges Jahr absolvirten und sich zum Reserveoffizier haben machen lassen, und sich dann als die mächtigsten polnisch-nationalen Agitatoren entpuppt haben. Meine Herren, deren Patent hat Seine Majestät der Kaiser einfach zerrißen und sie sind dahin zurückgewieen, wohin sie gehörten. Aber im Großen und Ganzen haben wir niemand, der den preussischen Soldatenrock getragen hat, behelligt; wenigstens wenn das von irgend einer untergeordneten Behörde geschehen wäre und man sich darüber beschwert hätte, würde sofort Remedur eingetreten sein. (Hört! hört! rechts.)

Nicht konfessionelle, sondern nur nationale Gesichtspunkte waren für die Ausweisungen maßgebend.

Nun, meine Herren, in dieser zweiten auch von Herrn v. Jazdzewski angeführten Verfügung vom 26. Juli vorigen Jahres ist nun von allem dem, was er mir imputiert, nicht ein iota enthalten. (Hört! hört! rechts.) In dieser ganzen Verfügung ist nicht eine Silbe zu lesen von Protestanten, von Deutschen, von Schismatikern — ich glaube, das sind die orthodoxen russischen Unterthanen — sondern es ist ausdrücklich und ausschließlich der national-polnische Gesichtspunkt betont. Und damit, meine Herren, fällt alles das zusammen, was in dieser Beziehung Nachtheiliges für den Standpunkt der Regierung angegeben ist. (Hört! hört! rechts. Zurufe aus dem Centrum.) Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst sagt: noch lange nicht! Ich kann mir auch denken, worauf er hinielt. Ich werde also nochmals das Argument beleuchten, welches er seinerseits auch gestern anführte, man habe erst aus den Mittheilungen eines auswärtigen Ministers über die Tragweite dieser Maßregel Kenntniß erhalten. Meine Herren, diese Seite der Sache liegt nun wirklich ungemein einfach. Die kaiserlich österreichische Regierung, welche bekanntlich in Verlegenheit gesetzt wurde durch die im Reichsrath an sie gerichtete Anfrage über die gegen galizisch-polnische Unterthanen erlassenen Ausweisungsmassregeln, hatte den erklärlichen Wunsch gehabt, von uns zu erfahren, wie es damit stünde, und wir haben gar kein Bedenken getragen, ihr rückhaltlos die Motive mitzutheilen, aus welchen wir uns genöthigt gesehen haben, auch gegen die galizisch-österreichischen Reichsangehörigen vorzugehen. Und nun hat Herr Graf Taaffe im Reichsrath erklärt, es sei ihm von der preussischen Regierung mitgetheilt worden, daß durch die konfessionellen Sprachverschiebungen, welche durch den relativ ungemessen großen Anwachs der polnischen Bevölkerung in den östlichen Provinzen der Monarchie entstanden seien, Verlegenheiten erwachsen wären, welche durch diese Maßregeln beseitigt werden sollten. Daraus wird nun von der Opposition gefolgert, Graf Taaffe habe nach dem empfangenen Telegramm mitgetheilt, es handle sich um konfessionelle Verschiebungen; folglich sei die Maßregel zur Vernichtung der Katholiken in den östlichen Provinzen getroffen. Meine Herren, der österreichische Minister hat gewiß allen Grund gehabt, sich auf einen kurzen Auszug aus der ihm mitgetheilten Depesche zu beschränken, und es ist bekannte Thatsache, daß, wenn man nicht den ganzen Inhalt eines amtlichen Schriftstücks mittheilt, sondern nur Bruchstücke, es möglich wird, daß daraus von der einen oder der anderen Seite eine falsche Deutung entsteht. Wäre der österreichische Minister in der Lage gewesen, den ganzen Wortlaut dessen, was ihm mitgetheilt war, im Reichstag zur Kenntniß zu bringen, so würde jedes Bedenken in dieser Beziehung geschwunden sein. Denn diese Mittheilung hat weiter gar nichts enthalten, als was ich heute und auch in den vorjährigen Ausführungen vor Ihnen entwickelt habe, das heißt den Beweis dafür, daß durch das Verschieben und Vordringen des polnischen Elements gegenüber den Deutschen namentlich in unseren Schulverhältnissen — und bei ihnen sind ja selbstverständlich die konfessionellen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen — (aha! im Centrum) eine derartige Schwierigkeit entstanden wäre, daß die preussische Regierung genöthigt worden wäre, da, wo früher die Schulen ausschließlich deutsch und, da sich die Konfession mit der Nationalität in der Regel deckt, ausschließlich evangelisch gewesen wären, für den Sprach- und Religionsunterricht der zuziehenden fremden Kinder zu sorgen, und da, wo die deutschen Schulen als Diasporaschulen mit schweren Opfern von der Kommune gegründet seien, durch den Zugang des fremden Elements die Existenz solcher reindeutschen Schulen einfach gefährdet sei. Daß das im entfernten Zusammenhange mit konfessionellen Verhältnissen steht, ist nach der Natur der Dinge erklärlich. (Heiterkeit.) (Abgeordneter Dr. Windthorst: Ich bitte das Aktienstück vorzulesen.) Die offiziellen Aktienstücke, welche an eine auswärtige Regierung gelangt sind, würde ich doch nur verlesen können, wenn das königliche Staatsministerium mir durch einen einstuftigen Beschluß dies ausgiebt; so lange dies nicht geschehen ist, kann selbstverständlich davon nicht die Rede sein.

Die Verdrängung des deutschen Elements durch das polnische.

Ich kann immer nur gegen die Behauptung argumentiren, es sei nicht richtig, daß die Deutschen allmählich durch den Zugang aus den östlichen Provinzen verdrängt würden. Ich will Sie nicht mit der Wiederholung des statistischen Materials, was ja schon bei früheren Erörterungen in ganz überzeugender Weise vorgelegt ist, behelligen — das wird vielleicht noch von anderer Seite geschehen, — denn ich fürchte, die Diskussion wird sich noch länger hinziehen; — aber ich will Ihnen doch hier ein Faktum mittheilen, welches heute ganz zufällig in meine Hände gekommen ist und welches ganz deutlich die Politik kennzeichnet, wie sie die Polen treiben. Es ist ein Fall, der aber selbstverständlich nicht vereinzelt dasteht, sondern nur vereinzelt zu unserer Kenntniß kommt.

Im Kreise Colmar — früher Kreis Chodziesen — liegt eine Herrschaft Zaktorowo. Diese ist bis vor wenigen Jahren in deutschem Besitz gewesen, sie wurde nach deutschem System bewirtschaftet, die Beamten waren Deutsche, die Tagelöhnerfamilien waren Deutsche — ich bemerke noch dabei, zum überwiegenden Theil deutsche Katholiken. Diese Herrschaft ist vor einigen Jahren in den Besitz eines Herrn Graf Swilecki und Herrn von Potocki übergegangen. Was war der erste Schritt nach dem Wechsel der Besitzer? Sämtlichen deutschen Beamten und Tagelöhnern wurde gekündigt — ich will das härtere Wort nicht gebrauchen — auch den deutschen Katholiken, weil diese den Herren nicht in den Kram paßten. Es wurde die ganze Herrschaft mit polnischen Beamten besetzt, die Arbeiterbevölkerung wurde aus den Grenzdistrikten, auch aus russisch-polen herübergeführt, und in ganz kurzer Zeit war die ganze Gegend — nicht bloß diese Herrschaft, sondern auch die Gegend in einem gewissen

Rayon — polonisiert, und die deutschen Arbeiter jener Gegend wurden, indem sie durch das billige Arbeitsangebot der aus Polen stammenden Arbeiter in ihrem Erwerb bedrückt wurden, zur Auswanderung gezwungen. (Hört, hört! rechts.) Das ist derselbe Gesichtspunkt, den ich Ihnen schon im vorigen Jahre zu Herzen geführt habe, also hier ein so ad oculos demonstrirender Beweis dessen, was systematisch von polnischer Seite gegen das Deutschthum nicht nur geplant, sondern auch ausgeführt wird. Man müßte uns ja geradezu für blind halten, wenn wir die Augen schließen wollten gegenüber solchen offenkundigen Thaten.

Nun hat man uns gesagt: wir wollen uns das alles gefallen lassen, für Westpreußen, für Posen, aber nicht für Oberschlesien, wo gar keine polnische Propaganda ist, und nun gar für Ostpreußen, wo keine Agitation existirt, und für Königsberg, wo nicht eine einzige polnische Stimme bei der Reichstagswahl abgegeben ist. Meine Herren, die Politik, die sich in diesen Einwänden ausdrückt, möchte doch dahin charakterisiren, daß sie etwa demjenigen ähnelt, der erst das Kind in den Brunnen fallen läßt und dann den Brunnen zudeckt. Gerade weil wir nicht wieder in die Lage kommen wollen, die Ansammlung massenhafter fremder Elemente sich vollziehen zu lassen, gerade deshalb wollen wir zur rechten Zeit vorbeugen auch in denjenigen Orten, welche bisher von der polnischen Propaganda wenig oder gar nicht infiziert sind. Und nun, was Oberschlesien betrifft, so ist Ihnen schon gestern von dem Herrn Ministerpräsidenten gesagt worden, daß wir, Gott sei Dank, noch nicht so weit sind, daß dort irgendwo von einer drohenden Gefahr die Rede sei. Ich stelle hiermit der loyalen und braven katholischen ober-schlesischen Bevölkerung sehr gern das Zeugniß aus, daß sie es bisher verstanden hat, sich von solchem staatsfeindlichem Einfluß gänzlich freizuhalten. Aber, meine Herren, Sie werden doch nicht glauben, daß die polnische Agitation deshalb ihr Augenmerk auf diese Provinz nicht gerichtet hat. Wer das glaubt, hat eigentlich nicht das Recht, über diese Dinge hier mitzusprechen, denn er hat sich um dieselben nicht gekümmert. Lesen Sie die groß-polnische Presse, die in jedem Artikel beinahe ausspricht: wir müssen auch unsere ober-schlesischen Brüder mit in das Netz unserer Gesammtheit und deren Bestrebungen aufnehmen. Also, meine Herren, daß auch da das Einwirken fremder, polnischer Elemente von höchstem Schaden für die nationale Entwicklung unseres Staates ist, das unterliegt gar keinem Zweifel.

Und nun Ostpreußen, meine Herren! Ich habe häufig gehört, Ostpreußen sei eine ganz deutsche Provinz, wie kann man da von irgend einer Gefahr sprechen. Meine Herren, wollte Gott, das wäre so, aber das ist nicht an dem. Die Provinz Ostpreußen — ich will von Grenzland nicht sprechen, das ist deutsch und gut deutsch, ich will nicht sagen: obgleich es katholisch ist, (oh! im Centrum) sondern gut deutsch und katholisch zugleich; ich wünschte, daß manche anderen es wären — (sehr gut! rechts. Heiterkeit) aber, meine Herren, denken Sie doch an Masurien; unsere brave masurische Bevölkerung, die allerdings in diesem Augenblick so ziemlich noch keine Ahnung davon hat, daß es außer dem Könige von Preußen noch eine Obrigkeit für sie giebt, ist auch der Gefahr ausgesetzt, durch Zustromung aus den nördlich gelegenen polnischen Gouvernements polnisch — ich weiß in diesem Augenblick keinen besseren Ausdruck — infiziert zu werden. In den Kreisen Ostpreußen und Heidenburg hat sich seit mehr wie anderthalb Jahrzehnten eine auffallende Wandlung des nationalen Gemüthes vollzogen und es ist jetzt durch die Erörterungen, die wir angestellt haben, der Beweis erbracht, daß, wie wir sagen müssen, diese Theile Ostpreußens auch ein Objekt der polnischen Propaganda bereits geworden sind. Herr Abgeordneter Kantak nicht ganz vergnügt mit dem Kopfe. (Große Heiterkeit. Abgeordneter Kantak: Ich wundere mich nur!)

Also, meine Herren, daß wir auch in den letztgenannten Provinzen und auch in ihren Hauptstädten dafür sorgen, daß das deutschfeindliche, unzulässige Element ferngehalten wird, das unterliegt gar keinem Zweifel und ist einfach unsere Pflicht.

Die Milderung der Ausweisungsmassregeln.

Nun hat im Reichstag — ich weiß nicht, wer von den geehrten Herren — gesagt, daß sei alles nur von dem bösen Minister ausgegangen, die Provinzialbeamten haben sich redlich bemüht, die Härten der Maßregel abzumildern. Meine Herren, das ist wirklich ein ganz horrender Standpunkt. Glaubt man denn wirklich, daß ein hoher preussischer Provinzialbeamter, der von dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit getragen ist, sich erlauben würde, auch im geringsten Eitelchen von dem abzuweichen, was ihm in dieser Sache aufgetragen ist? Meine Herren, wer das glauben kann, der hat gar keine Ahnung von — lassen Sie mich das ganz offen sagen — von dem Ehrgefühl und dem Pflichtgefühl, welches die preussischen Beamten und vor allem deren höchste Spitzen besetzt. Ich bin ja sonst gar nicht abgeneigt, wie Sie wissen, Verantwortlichkeit zu übernehmen, aber das Verdienst für diese Milderung nehme ich einfach für mich in Anspruch. Ich habe die Herren Ministerpräsidenten ermächtigt, wie ich es vorhin gesagt habe, in dringenden Fällen unbeschränkte Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen, Fristverlängerungen zu gewähren, die Zeit zu lassen, um ihre Angelegenheiten zu ordnen; kurz, alles dasjenige, was die Herren Ministerpräsidenten zu meiner Freude — das wird ja auch anerkannt — im Wege der Milderung gethan haben, das beruht auf jenen generellen, von mir ergangenen Anordnungen.

Unerhörte Lügen.

Nun hat man zur besseren Kolorirung der Einwände gegen die Ausweisungsmassregel noch einige horrible Einzelheiten angeführt. Auch heute wieder: „Wenn man 7jährige Waisen aus dem Lande gewaltsam hinauswirft, dann muß doch das Gefühl eritaren.“ Diese 7jährige Waise ist ein überaus unschuldiges Mädchen; es ist ein junges Mädchen, das vater- und mutterlos ist, eine russische Staatsangehörige, die in der Stadt Kempton im Wege

der öffentlichen Armenpflege von der Kommune Kastel verpflegt werden müssen. Das ist der Kommune Kempton selbstverständlich lästig geworden, sie hat sich unter Vermittlung ihres Landraths mit der russischen Grenzbehörde in Verbindung gesetzt, die verpflichtet war, sie als Unterthanin anzunehmen, und das Mädchen ist als Landarme ganz wehgemuth in einem guten Eisenbahnzuge über die Grenze gebracht und ist heute da vergnügt bei seinen Verwandten. (Sehr gut! Heiterkeit.) Meine Herren, dann ist gesagt, die Leute hätten in ihrer Verzweiflung einen Selbstmord begangen, einen Arbeiter Rieze im Rastenburger Kreise hätte man ausgewiesen, er sei seiner Wege gegangen und habe sich an einem Baume erhängt. Dieser Arbeiter Rieze arbeitet noch heute frisch und munter (große Heiterkeit) in der Fabrik, in der er Jahre lang beschäftigt war. Dann seien freisende Frauen in diesem Zustande aus dem Lande verwiesen. Das wäre allerdings, wenn es geschehen wäre, ein ungeheurer barbarischer Mißgriff irgend einer Unterbehörde. Was ich darüber habe ermitteln können — und ich habe es gestern von dem betreffenden Landrath authentisch erfahren — ist folgendes: Eine Frau, die vermöge vorübergehender Umstände nicht reisefähig war, hat die volle Frist erhalten, bis diese Umstände vorüber waren. Als sie genesen war, hat sie sich auf dem Landrathsamte gemeldet und gesagt: nun bin ich bereit, nach Polen zu gehen. Dann hat man sie allerdings auf die Eisenbahn gesetzt und nach Polen geschickt. (Große Heiterkeit. — Sehr richtig!) Aber, meine Herren, wenn solche unerhörte Lügen in die Welt gesetzt werden (sehr richtig! rechts), und daraus mache ich einem Theil der deutschen Presse einen schweren Vorwurf — dann, glaube ich, hört jede vernünftige Diskussion auf und dann müssen solche leidenschaftlichen Ausbrüche erfolgen, wie wir sie auch heute auf der Tribüne gehört haben. Aber die Herren Abgeordneten sollten doch in der That etwas mehr Kritik an die Thatfachen anlegen, die ihnen natürlich zu agitatorischen Zwecken mitgetheilt werden, ehe sie dieselben auf der Tribüne verwerthen. Auch aus Königsberg sind ganz fabelhafte Dinge gemeldet worden, unter anderem ein Student oder ein Oberprimaner habe dort das Zeugniß der Reife erlangen wollen, dem soll dort die Frist verlagert sein, um das Abiturientenexamen zu machen. Meine Herren, ich habe mich nach diesem Primaner auf das aller sorgfältigste erkundigen lassen, er ist aber nirgends zu ermitteln. (Große Heiterkeit.)

Naturalisation ausländischer Israeliten.

Ferner: „mit der Naturalisation ausländischer Israeliten soll überaus hart und ablehnend verfahren sein.“ Aber, meine Herren, daß ein großer Theil dieser Leute sehr sozialer und wirtschaftlicher Gewinn für uns ist, (sehr richtig!) das, glaube ich, werden alle die, welche die Zustände in den östlichen Grenzprovinzen kennen, anerkennen, (sehr wahr!) und es ist allerdings auf Beschluß des königlichen Staatsministeriums angeordnet, daß die Verwaltungsorgane mit der Naturalisation dieser Leute aufs Pünzlichste verfahren, (sehr gut!) damit nicht Elemente ins Land bekommen, die durch Ausbeutung der Unkunde und Geschäftsunerfahrenheit gewisser Bevölkerungsklassen sehr viel mehr Schaden stiften als Nutzen bringen. (Bravo!) Bei solchen Naturalisationsanträgen habe ich denn auch gleichzeitig recht interessante Beobachtungen gemacht. Derartige ausländische Israeliten — der Fall ist gar nicht vereinzelt — nehmen, wenn sie die Naturalisation nachsuchen, ihre heranwachsenden Söhne ausbrüchlich von diesem Gesuch aus. Aus welchem Grunde? Das, glaube ich, liegt wohl klar auf der Hand: sie wollen sie der Erfüllung der Militärpflicht entziehen, also für sich und ihre Person alle die Vortheile einheimischen, die der Erwerb des preussischen Aufenthaltsgewährs gewährt, aber sie wollen keine Pflichten übernehmen, allerhöchstens ein paar Steuern, aber um Gotteswillen keinen Dienst für das Vaterland, keine persönlichen Pflichten.

Also, daß wir auch in der Beziehung, sowohl was die Naturalisation, als was die fernere Gestattung des Aufenthaltsgewährs betrifft, äußerst vorsichtig sein müssen, das unterliegt für mich gar keinem Zweifel. Ich muß aber gleichzeitig hervorheben, daß der Oberpräsident von Ostpreußen auf meine Anregung oder mit meiner Genehmigung alle diejenigen, welche für den wirklich legitimen Handel von Königsberg an nationalem Material in dieser Beziehung nötig sind, natürlich widerständig unter Gewährung langer Fristen duldet, und daß die wirklich nützlichen Elemente für die preussischen Interessen von der Ausweisungsmassregel nicht betroffen werden.

Die Ausweisungen und die beabsichtigte Kolonisation ergänzen einander.

Nun, meine Herren, nachdem ich, wie ich glaube, gründlich und erschöpfend diese Seite der heutigen Anträge erörtert habe, will ich mich auf den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, um den anderen Herren Rednern nicht allzuviel Raum wegzunehmen, nicht mehr einlassen, ich will nur das sagen, daß allerdings nach den Allerhöchsten Intentionen und nach der Meinung des Staatsministeriums die, wie wir anerkennen, mehr mechanische und oft recht drückend empfundene Ausweisungsmassregel in ihrer Starrheit niemals in unserer Absicht hat liegen können, sondern daß wir organische und positive Massregeln zur Förderung der deutschen Kultur in den Ostprovinzen von vornherein ins Auge gefaßt haben (sehr gut! rechts), und, meine Herren, das Produkt dieser Erwägungen erblicken Sie in der betreffenden Stelle der Allerhöchsten Ehrenrede. Wenn man die preussische Volksvertretung in ihrer, wie ich hoffe, überwiegenden Majorität uns von vornherein ein Vertrauensvotum dahin erteilt, daß sie mit Bereitwilligkeit das Mittel gewähren will, welche auf diesem organischen und namentlich auf dem Gebiete der Kolonisation zunächst zu tragen geeignet sind, weshalb wollen wir es nicht freudig in die uns gebotene Hand einschlagen? Ich muß sagen, alles, was gestern hier

Spott und Ironie über die Entstehung dieses Antrages und das Verhältnis der Regierung zu den Parteien, die den Antrag eingebracht haben, an den Tag gefördert ist, ist mir absolut unverständlich. Ich kann mir gar kein befriedigenderes Verhältnis denken, als wenn die Regierung und die Volksvertretung unisono, nachdem sie einen vorhandenen Nothstand anerkannt haben, sich gegenseitig darüber verständigen, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um diesem Nothstand abzuhelfen. Was ist denn da so ungeheuerlich? Das Gegenheil wäre ungeheuerlich, das Gegenheil, von dem wir leider scharfe Anklänge in dem Beschlusse der Reichstagsmajorität erkennen zu müssen glauben.

Also, meine Herren, ich schließe damit: wir betrachten die Maßregel der Ausweisung, durch welche die fremden Polen bei uns in der Zahl verringert werden, und die Maßregel der Kolonisation, durch welche wir einen kräftigen ländlichen deutschen Besitzstand zu schaffen hoffen, als Korrelate zu einander. Eins ist der Zeit nach vorausgegangen, das andere wird folgen. Beide Maßregeln aber werden, wenn sie weise und energisch zur Durchführung kommen, einen sehr wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Entwicklung der preussischen Monarchie betreiben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Am 30. Januar.

(Nach dem Abgeordneten Rickert.)

Die politische Metamorphose des Herrn Rickert.

Meine Herren, wenn ich mir zunächst den letzten Theil der Ausführungen des Herrn Vorredners vergegenwärtige, so überkommt mich das Gefühl: wo sind die schönen Zeiten geblieben, als die — wie ich anerkenne — glänzende Verehrtheit desselben sich in Bahnen bewegte, die der königlichen Staatsregierung wenigstens im Großen und Ganzen freundlich und nicht unsympathisch waren. Ich erinnere mich noch lebhaft seiner glänzenden Improvisation gegen meine jetzigen Parteichef im Reichstage (Abgeordneter Rickert: Wir haben keinen Parteichef!); ich habe ihm damals meine Bewunderung dafür auszusprechen Gelegenheit gehabt, wo er so erfolgreich die Angriffe des Herrn Abgeordneten Rickert gegen die Behauptung des Deutschen Reiches zurückwies. (Bravo! rechts.) Das ist nun alles anders geworden. Seit einer Reihe von Jahren, seitdem die Politik des Herrn Reichskanzlers, wie allgemein oder doch von der großen Mehrheit des Volkes anerkannt wird, aus guten Gründen auf vielen Gebieten andere Wege eingeschlagen hat, als der Herr Abgeordnete Rickert es für nöthig hält, seit jener Zeit hält der Herr Vorredner es leider für nöthig, seine glänzende Verehrtheit dagegen zu lehren, und ich muß sagen, daß auf mich seine politische Entwicklung in den letzten Jahren den Eindruck macht, als ob er sich auf einer schiefen Ebene befindet, und daß er in bedenklicher Weise immer mehr herabgleitet. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Meine Herren, diesen Eindruck, das muß ich konstatiren, habe ich auch von allen übrigen Theilen seiner Rede gehabt.

Ich will zunächst auf dasjenige eingehen, was den Eingang seiner Rede bildete, also auf den allgemeinen politischen Theil, indem ich mir vorbehalte, auf die speziell gegen mich gerichteten Ausführungen noch später zurückzukommen.

Bedeutung der Indemnität von 1866.

Er sand es zunächst bedenklich und dem Vorwurfe ausgesetzt, daß der Herr Reichskanzler neuerlich an die Stellung erinnert habe, die ihm das Abgeordnetenhaus in der Polenfrage 1866 bereitet habe. Der Herr Reichskanzler, so meint Herr Rickert, habe ganz vergessen, daß über jene Ereignisse inzwischen der Schleier der Versöhnung gezogen sei, daß die Indemnität über jenen von der preussischen Staatsregierung begangenen Rechtsbruch vererbt sei, daß die Indemnität über jenen alten Konflikt wiederum zurückzukommen?

Meine Herren, ich muß da doch zunächst einschaltend bemerken, daß von diesem Tische aus der sogenannten Indemnität die Bedeutung niemals wird zuerkannt werden können, welche ihr der Abgeordnete Rickert heute beimaß. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung Seiner Majestät des Königs ist sich niemals bewußt gewesen, daß sie einer Verzeihung für die Maßregeln, die sie in der damaligen Nothlage während der Konfliktzeit getroffen hat, bedürfte (Sehr richtig! rechts), sondern sie hat die Indemnität als einen Waffenstillstand, als einen Kompromiß, als einen gegenseitigen Vergleich über streitige Rechte und Pflichten angesehen. (Sehr richtig! rechts.) Aber, meine Herren, wenn aus der Partei, welche damals notorisch die einzige gewesen ist, welche der Indemnität widersprochen hat (Abgeordneter Dr. Hänel: Gneist!), auf diese Sache exemplifizirt wird (Abgeordneter Dr. Hänel: Gneist!), — Herr Abgeordneter Rickert ist ja damals noch gar nicht einmal Mitglied der Partei und, ich glaube, überhaupt auch noch nicht des Abgeordnetenhauses gewesen — aber die Fortschrittspartei des preussischen Abgeordnetenhauses hat bei der Schlussabstimmung gegen die Indemnität gestimmt, und ich spreche jetzt ihren Mitgliedern das Recht ab, heute in dieser Weise auf diese Frage zurückzukommen.

Und dann, meine Herren, waren die Ausführungen des Abgeordneten Rickert auch nach einer anderen Richtung ganz verfehlt: dem Herrn Reichskanzler ist es, wenn ich seine Rede nur einigermaßen korrekt im Gedächtniß habe, gar nicht in den Sinn gekommen, zurückzukommen auf den Verfassungskonflikt zu Anfang der sechziger Jahre, und deshalb ist es auch durchaus unzutreffend, wenn der Abgeordnete Rickert durch Verlesung der von dem Herrn Reichskanzler gehaltenen Rede gerade darauf zurückkam. Diese Rede beschäftigt sich ganz ausschließlich mit der Frage, ob das damalige Abgeordnetenhaus in verfassungsmäßigem Rechte gewesen sei, wenn es die Regierung im Anfang der sechziger Jahre als verfassungswidrig bekämpfte; neuerlich hat der Herr Reichskanzler lediglich von der Haltung des Abgeordnetenhauses in der Polenfrage gesprochen (sehr richtig! rechts), in der großen Konfliktangelegenheit, die sich auf diesem Gebiete abspielte. Und

Sie sollten es sorgfältig vermeiden, auf die Haltung des damaligen Abgeordnetenhauses in dieser Frage irgendwie zurückzukommen, dieses Zurückkommen kann nur zum Nachtheile Ihrer politischen Stellung ausschlagen. (Bravo rechts.) Ich glaube auch, daß die ganze Stimmung, in der der Abgeordnete Rickert diese Ausführung gemacht hat, in sehr nachtheiliger Weise reflektiren kann auf seine unmittelbar daran sich anknüpfenden Ausführungen über die eigentliche Polenfrage.

Die polnischen Zuzüge sind eine nationale Gefahr.

Meine Herren! Das ist ja selbstverständlich und dafür bedurfte es gar keiner Versicherung aus dem Munde des Abgeordneten Rickert, daß in diesem Hause und namentlich auch unter seinen Freunden niemand sein wird, der den Polen preussisches Land ausliefern will. Aber wenn er außerdem sagte — so habe ich wenigstens ihn verstanden — auch von Seiten der polnischen Abgeordneten könnte so etwas nicht beabsichtigt werden, so vergißt er den Eindruck unserer Verhandlungen aus den letzten Tagen doch vollständig. (Abgeordneter Rickert: Das habe ich nicht gesagt!) — Ich habe allerdings zu hören geglaubt, daß von ihm in diesem Sinne gesprochen worden ist. Und wenn das sein Standpunkt ist, dann muß ich auch sagen, finde ich es vollkommen begreiflich, daß er gegenüber all den Abwehrmaßregeln, welche die Regierung im Interesse des Landes gegen diese Bewegung treffen zu müssen glaubt, einen mehr als platonischen Standpunkt einnimmt. Wenn man so kühl über die nationale Frage, die hier im Spiel ist, denkt, wie meiner Auffassung und meinem Eindruck nach aus den Worten des Abgeordneten Rickert hervorging, so helfen alle hochtönenden Redewendungen, die das Gegenheil versichern, nicht, sondern dann hat der Gegner den Eindruck, daß allerdings die Nothlage, in der die preussische Regierung sich den Polen gegenüber befindet, von dem Abgeordneten Rickert nicht in genügendem Maße gewürdigt wird, und das erklärt seine gesammte Haltung der Ausweisungsmaßregel gegenüber, auf die ich jetzt noch mit einigen Worten zurückkommen will.

Hat denn der Abgeordnete Rickert ganz und gar vergessen — ich kann von ihm nicht verlangen, daß er meine Reden vollständig studirt und stets bei sich führt, aber so viel hätte ich doch von ihm verlangen können, daß er die Hauptargumente, die ich im vorigen Jahre die Ehre hatte hier vor Ihnen auszuführen, nicht vollständig ignoriert und einfach unter den Tisch wirft. Er thut so, als wenn die preussische Regierung mit einem Mal in einem Anfall von über Laune sagt: wir haben 30 000 fremde Polen, die müssen heraus. Ich denke, es ist mir doch in meinen vorjährigen Ausführungen gelungen — ich habe wenigstens den Eindruck gehabt, daß die Majorität dieses Hauses diesen Standpunkt theilte — Ihnen zu beweisen, daß eine sehr schwere allgemein wirkende nationale Gefahr für das deutsche Wesen (oh! oh! im Zentrum; sehr richtig! rechts) in diesen massenhaften polnischen Zuzügen liege, und wenn der Herr Abgeordnete mir als unabsichtliches Gegenargument sagen will: ja, die Agitatoren könnt Ihr hinausbringen, aber warum die armen unschuldigen Leute, so wiederhole ich ihm, daß ich die persönliche Harmlosigkeit — ich habe es schon im vorigen Jahre gethan — einer großen Anzahl dieser Leute vollkommen anerkenne. Aber, meine Herren, bedenken Sie doch gefälligst das, was ich schon im vorigen Jahre ausgeführt habe. Es ist hier zunächst völlig gleichgültig, ob die große Masse der Leute, um die es sich hier handelt, persönlich harmlos ist oder nicht. Ihre Gegenwart innerhalb unseres Staates legt uns, so namentlich auf dem Schulgebiete (hört, hört! rechts) gewisse Verpflichtungen auf, die wir ohne Gefährdung der deutsch-nationalen Interessen nicht erfüllen können. (Sehr richtig! rechts.) Das ist der Hauptgrund, weshalb wir genöthigt sind, ihnen den ferneren Aufenthalt zu verweigern. Ferner, meine Herren, ganz abgesehen von dem von dem Herrn Abgeordneten Rickert bereits preisgegebenen Agitatoren, wie denken Sie sich die Haltung dieser durch kein nationales Band an uns geknüpften, durch keine Verpflichtung uns gegenüber engagirten Leute in einer Zeit der Unruhe und des Aufstandes, ich will gar nicht sagen bei uns, sondern in den Nachbarreichen? Werden Sie nicht von vornherein zugeben müssen, daß die bloße Thatsache der Gegenwart einer so großen Anzahl fremder, durch keine Verpflichtung der Areue an uns gebundenen Polen in solchen Zeiten eine sehr ernsthafte Gefahr bedeutet? Ja, meine Herren, wer das verkennt, der nimmt es in allen diesen Sachen zu leicht. Diese Dinge sind von uns sehr ernst erwogen worden, und ich möchte den Herrn Abgeordneten Rickert bitten, wenn er diese leidenschaftlichen Angriffe auf eine wohl erwogene Maßregel kauft, die Verantwortung seinerseits zu würdigen, die er übernimmt, wenn er mit solcher Entschiedenheit dagegen ankämpft. (Sehr richtig! rechts.)

Beleuchtung verschiedener Einzelfälle.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete mich sehr heftig angegriffen, daß ich gestern bruchstückweise und gewissermaßen ironisch einzelne Fälle, die zu besonderen Härten bei den Ausweisungen haben Veranlassung geben sollen, zur Anregung der Feiterkeit gemißbraucht habe, und er hat mich provozirt, nun auch noch dasjenige zu beantworten, was der Herr Abgeordnete Möller im Reichstage hierüber gesagt hat und was er seinerseits der Regierung vorwirft. Ja, meine Herren, wenn Sie mich durchaus zwingen, auf alle diese Gegenstände hier einzugehen, — ich bin vollständig in der Lage dazu — dann muß ich von vornherein sagen, der Herr Abgeordnete Rickert thut einer großen Anzahl von Leuten, um die es sich handelt, gar keinen Gefallen damit, aber er scheint es zu wünschen; ich will ihm zu Willen sein. Also mit großer Emphase wurde darauf hingewiesen, daß ein Student namens Manassewicz ausgewiesen sei — der Mann ist übrigens zu recht hohen Semestern gekommen, wenn er schon 1870 als Student freiwilliger Krankenwärter gewesen ist. (Große Heiterkeit.) Dieser Fall ist mir vollständig bekannt, und ich bin nun ge-

nöthigt, die Charakteristik dieses Mannes vorzulesen, und dann werden Sie sich selbst ein Urtheil darüber bilden können, ob auf das Verbleiben desselben im preussischen Staat ein so großer Werth zu legen ist. Also der mir vorliegende amtliche Bericht sagt, dieser Mann — ich will den Namen nicht wiederholen — war ein verkommenes Subjekt, welches in dem Verbaute stand, mit den Mihilisten in Verbindung zu stehen. (Hört! hört! rechts.) Er sollte schon vor mehreren Jahren, als er noch im Regierungsbezirk Gumbinnen war, ausgewiesen werden. Zur Krankenpflege ging er allerdings im Jahre 1871 mit, weil er keine Beschäftigung hatte (Feiterkeit); die Medaille hat er natürlich wie jeder andere Krankenpfleger bekommen. Wie er diesen Dienst geleistet hat, ist nicht bekannt. Wenn man überhaupt die Anwesenheit fremder Polen bei uns für schädlich hält, dann glaube ich, ist hier ein experimentum in anima vili vollständig bewiesen, und ich kann nicht einsehen, warum dieser Fall eine besondere Berücksichtigung verdient.

Dann ist die Rede von einem jungen Handlungsgehilfen gewesen, der trotz seiner Bitte, für seine erkrankte Mutter sorgen zu dürfen, ausgewiesen sei. Mein amtlicher Bericht besagt, daß er vollkommen abkömmlich gewesen sei, und daß alle Ausführungen, welche er zur Unterstützung seines Befristungsgesuches gemacht habe, auf Unwahrheit beruhen. (Hört! hört! rechts.)

Zwei Greisinnen sollen ausgewiesen worden sein. Der amtliche Bericht, der mir vorliegt, sagt, daß auf ihre Reklamation ihnen der fernere Aufenthalt gestattet war. (Hört! hört! rechts.)

Nun hat Herr Abg. Rickert auch von mir verlangt, ich solle auch auf die Fälle eingehen, die ihm näher liegen, nämlich auf die Danziger. Der einzige Fall, der hier zu meiner Kenntniß gelangt ist, — ich glaube, es wird derjenige sein, der identisch ist mit dem von Herrn Abg. Rickert angeführten — betrifft einen Mann, von dem ich nur sagen kann, er ist doch mindestens sehr fragwürdiger Natur. Herr Abg. Rickert sagt, das sei ein Mann, der in den besten Verhältnissen in Danzig gelebt habe, ein blühendes Geschäft betrieben habe und dessen Ausweisung doch eine große Härte involvire. Meine Herren, dieser Mann ist dadurch einigermaßen fragwürdig, daß er 5 verschiedene Namen führt. (Feiterkeit.) Ich glaube, die Juristen unter Ihnen werden das, was man unter dem Begriff „alias“ versteht, kennen und von vornherein daraus kein günstiges Vorurtheil über den betreffenden Mann schöpfen. Aber das wäre ja an sich sehr gleichgültig. Ich glaube, es würde ja sehr hart sein, wenn wirklich durch die den Mann treffende Ausweisung sein Vermögensstand ruiniert wäre. Meine Herren, ich will hier ganz offen sprechen: nach dem mir vorliegenden amtlichen Berichte ist der Konkurs allerdings unmittelbar veranlaßt durch die Ausweisung, (hört! hört! links) — aber der Bankrott ist schon seit Jahren latent vorhanden. (Zurufe links.) (Große Heiterkeit rechts.) — Meine Herren, das hat mir eine verantwortliche Staatsbehörde amtlich versichert und der muß ich Glauben schenken. Also wenn ich auch anerkenne, daß es ein sehr trauriger Fall ist, so hat er doch bei weitem nicht die Tragweite, die der Herr Abgeordnete Rickert ihm unterschiebt.

Die Verantwortung für die Ausweisungsmaßregeln.

Aber, meine Herren, alle diese Einzelfälle — ich werde ja vielleicht noch beim Etat des Ministeriums des Innern — der Herr Abgeordnete v. Szajdowski hat dies ja angekündigt — in der Lage sein, eine ganze Anzahl solcher Fälle vor Ihnen diskutieren zu müssen — ich behaupte nur folgendes: Sie handeln nicht richtig, wenn Sie mich hier auf einzelne Fälle von Härte zu engagiren suchen. Ich bin und fühle mich verantwortlich und übernehme die Verantwortung dafür, daß ich mich engagirt habe für das Prinzip, und daß ich bei Ausführung des Prinzips durch generelle Maßregeln möglichst die Härten und Schärpen zu nehmen bemüht bin, und wenn der Herr Abgeordnete Rickert mir eine Resolution des landwirtschaftlichen Vereins im Strasburger Kreise vorliest, in welcher der dringende Wunsch ausgesprochen ist, man solle mit den Ausweisungen der ländlichen Arbeiter und kleinen Besitzer nicht so scharf und hart vorgehen, so ist dieser Wunsch vollkommen erfüllt. Es ist nicht richtig, daß die Ausweisungsmaßregel überbürdet und überreift ausgeführt wird, sondern ich habe in der Verfügung, die der Herr Abgeordnete von Szajdowski allerdings mit irrtümlicher Inhaltsangabe gelesen zitierte — und ich habe das ausdrücklich auch ausgeführt — mit allem Nachdruck betont: die Herren Oberpräsidenten hätten vollkommen die Latitüde, in allen dringenden und Nothfällen Fristen zur Abwicklung der Verhältnisse zu gewähren.

Also, meine Herren, das, was auf dem prinzipiellen Gebiete der Maßregel überhaupt geschehen konnte, ist geschehen. Freilich, wenn der Herr Abgeordnete Rickert immer wieder darauf zurückkommt, wir dürfen nicht zu dieser, auch völkerrechtlich bestrittenen Maßregel der Massenausweisungen schreiten, dann kann ich natürlich mit ihm nicht weiter diskutieren; aber das schien doch in seinen Wünschen zu liegen, daß ich nunmehr, nachdem das Prinzip von uns angenommen ist und auch, wie der Herr Reichskanzler mit vollem Einverständnis des Staatsministeriums erklärt hat, weiter durchgeführt werden wird, mich bemühe, diejenigen Moberamina und Modifikationen anzubringen, welche mit dem Staatsinteresse überhaupt verträglich sind. Das werde ich fortgesetzt zu thun bemüht sein. Es ist auch kein Grund anzunehmen, daß mir das nicht gelingen sollte, aber ein weiteres kann ich dem Herrn Abgeordneten Rickert allerdings nicht in Aussicht stellen. (Lebhaftes Bravo rechts.)